



# Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 2 | Ausgabe Nr. 2 | März 2009



## Bildungspolitik in Bewegung Spaenle kündigt Reformen an – Kritik der Opposition

*Qualität und Gerechtigkeit hat Kultusminister Ludwig Spaenle in seiner Regierungserklärung zu den Leitzielen der bayerischen Bildungspolitik erhoben. Die Opposition sprach der Regierung den Willen und die Fähigkeit zu echten Reformen im Bildungssystem ab.*

Eine optimale Förderung für jedes Kind, mehr Ganztagsangebote, Kooperationen von Haupt- und Realschulen sowie mehr Geld, mehr Lehrer und mehr Beförderungschancen stellte Kultusminister Spaenle in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag in Aussicht. Bei der Entwicklung der Schullandschaft will der Kultusminister künftig auf eine Kultur des Dialogs mit allen Beteiligten setzen. „Ich spüre aus der Mitte die wachsende Bereitschaft zu aktiver Mitwirkung an den Fragen von Bildung und Erziehung“, so Spaenle.

„Wir arbeiten sehr gerne mit an einer besseren Bildungspolitik und Schulpolitik in Bayern“,



*Bildung – der Königsweg in eine erfolgreiche Zukunft.*

/Foto: dpa

sagte Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD). Schon vor Jahren seien allerdings die Probleme der Bildungs- und Schulpolitik benannt worden. Insgesamt sprach die Opposition der Staatsregierung den Willen und die Fähigkeit zu echten Reformen im Bildungssystem ab.

Auf massive Kritik stößt das neue Übertrittsverfahren auf weiterführende Schulen. Und auch der Streit über eine längere gemeinsame Grundschulzeit hält an.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

### Themen

#### Standpunkte der Fraktionen

Debatte um längere Grundschulzeit



Seite 8

#### Serie: Verfassungsausschuss

Der juristische „TÜV“ im Landtag



Seite 10

#### Akademiegespräch

SZ-Experte über Wirtschaftskrise



Seite 13

#### Landtagsamt

Abschied und Neubeginn



Seite 16

## Liebe Leserin, lieber Leser,

*Bildung ist ein hohes Gut. Sie ist ein wichtiger Schlüssel für die Zukunft jedes Einzelnen. Eine gute Ausbildung legt den Grundstein dafür, berufliche Chancen nutzen und das Leben selbständig gestalten zu können.*



*Wilhelm von Humboldt (1767 - 1835), Bildungsreformer: „Bildung ist die Anregung aller Kräfte des Menschen, damit diese sich über die Aneignung der Welt entfalten und zu einer sich selbst bestimmenden Individualität und Persönlichkeit führen.“* /Foto: Humboldt Uni

*Auch in der Wirtschaft ist Bildung ein entscheidender Faktor: Nur mit gut ausgebildeten Fachkräften kann ein Land im internationalen Wettbewerb bestehen.*

*Der Wettbewerb um Zukunftschancen ist damit im Kern zu einem Wettbewerb um die Qualität von Bildungssystemen geworden.*

*Was aber ist – 170 Jahre nach Wilhelm von Humboldt – eine „gute“ Bildung? Welche qualitativen Anforderungen muss ein zukunfts-taugliches Bildungssystem aufweisen? Dies sind zentrale Fragen, mit denen sich unsere Bildungspolitiker vor dem Hintergrund eines rasant fortschreitenden sozialen und demographischen Wandels auseinandersetzen müssen.*

*Nationale und internationale Leistungsstudien wie PISA, IGLU oder TIMSS haben „Bildungsstandards“ definiert. Sie geben Hinweise auf Leistungsstärken und -schwächen, die Kinder und Jugendliche zu bestimmten Zeiten aufweisen. Als „verlaufsbegleitende Zwischenzeugnisse“ (Kultusminister Ludwig Spaenle) zeigen sie unseren Politikern Handlungsfelder auf.*

*Welche Konsequenzen daraus für die Bildungsinhalte, die Wissensvermittlung und die Rahmenbedingungen zu ziehen sind, darüber gehen die Meinungen auseinander. Regelmäßig wird in den parlamentarischen Gremien sachlich, oft aber auch leidenschaftlich darüber diskutiert – zuletzt anlässlich einer Regierungserklärung des Kultusministers im Plenum Ende März.*

*„Maximilianeum“ gibt einen Überblick über diese Debatte und greift zwei besonders kontrovers behandelte bildungspolitische Themen heraus, das neue von der Koalitionsregierung geplante Übertrittsverfahren und die Frage nach einer längeren gemeinsamen Grundschulzeit.*

*Weitere Themen dieser Ausgabe: die Finanz- und Wirtschaftskrise im Spiegel staatlicher Schutzschirme und Konjunkturprogramme sowie die Erweiterung der parlamentarischen Flächen im Maximilianeum.*

*Wir wünschen Ihnen wieder eine interessante Lektüre!*

**DIE REDAKTION**

## Inhalt

Editorial	2
<b>Titelthema Bildungspolitik</b>	
Reform des Übertrittsverfahrens	3
Noten für das Bildungswesen	5
Meinungen der Fraktionen	7
<b>Ausschüsse</b>	
Bereit für die Sicherheit	9
Porträt: Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz	10
Porträts der Vorsitzenden	12
<b>Aktuelles</b>	
Akademiegespräch	13
<b>Parlamentsleben</b>	
Erweiterung des Nordbaus	14
Landtagsamt Abschied und Neubeginn	16
Neugier auf Neues	18
<b>Notizen</b>	
Parlamentsseminar	19
Jugendpolitische Sprecher	20
Gedenken an Gebhard Glöck, Staatsminister a. D.	21
<b>Impressum</b>	21



## „Mehr Freiheit und weniger Druck für Schüler“ Staatsregierung reformiert das Übertrittsverfahren – Opposition spricht von Fehlschlag

*Für den Übertritt von der Grundschule auf weiterführende Schulen sollen in Bayern künftig neue Regeln gelten. Zentrale Punkte der Reform sind mehr Zeit für die Übertrittsentscheidung, mehr Mitspracherechte für die Eltern und eine intensivere Betreuung schwächerer Schüler. Hauptziel sei es, den Druck von den Kindern zu nehmen, so Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU). Von der Opposition kam scharfe Kritik.*

Eigentlich gibt es für Lukas nichts Schöneres als Fußball zu spielen. Doch kurz vor seinem zehnten Geburtstag endete seine Sportlerkarriere, bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte.

Seine Eltern nahmen den Viertklässler aus dem Fußballverein. „Sein Vater sagte, er hat wegen

des Lernstresses keine Zeit mehr“, berichtet sein Trainer. Nach Auskunft des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) kein Einzelfall. Seit Jahren klagen Eltern und Pädagogen, immer mehr Viertklässler würden unter einem zunehmenden Leistungsdruck leiden.

Nun hat die Staatsregierung reagiert und das Übertrittsverfahren an weiterführende Schulen neu geregelt. So will die Koalition aus CSU und FDP den Druck auf die Viertklässler verringern. Zentrale Punkte der Reform sind mehr Zeit für die Übertrittsentscheidung, mehr Mitspracherechte für die Eltern, eine bessere Beratung und eine intensivere Betreuung schwächerer Schüler. Die Notengrenzen – 2,33 fürs Gymnasium und 2,66 für die Realschule – bleiben allerdings erhalten.

**Spaenle (CSU): „Mehr Chancengleichheit für Bayerns Kinder“**

Hauptziel sei es, das Übertrittsverfahren zu entzerren und Druck von den Kindern zu nehmen, sagt Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU). Er wolle „mehr Chancengerechtigkeit für die Kinder in Bayern“. Es gehe darum, „Brücken zu bauen und Rolltreppen zu eröffnen“. Erstmals greifen sollen die neuen Regeln



*In der vierten und fünften Klasse soll die individuelle Förderung ausgeweitet werden. /Foto: Bilderbox*

für die derzeitigen Drittklässler, also ab dem kommenden Schuljahr 2009/2010. Spaenle rechnet mit einer vierstelligen Zahl von Schülern, die künftig zusätzlich auf die Realschule oder aufs Gymnasium gehen könnten. Dem

Kabinettsbeschluss zufolge sollen Eltern und Schüler bald schon in der dritten Klasse über mögliche Bildungswege und Abschlüsse informiert werden.

[Lesen Sie weiter auf Seite 4](#)

## Reform des Übertrittsverfahrens

### CSU: Kindgerechte Förderung intensivieren

In der vierten und fünften Klasse wird die individuelle Förderung der Schüler ausgeweitet. Dabei können leistungsstärkere und -schwächere Schüler in einer Förderstunde künftig auch getrennt voneinander unterrichtet werden, wenn die Klasse mehr als 25 Schüler hat. Zudem soll in der vierten Klasse eine bestimmte „Richtzahl“ an Probearbeiten nicht mehr überschritten werden. Außerdem sollen Lehrer die schriftlichen Tests vorher ankündigen. Darüber hinaus ist geplant, Lern- und Prüfungsphasen klar zu trennen. „Dadurch wird der Übertrittsdruck deutlich reduziert, und die Schule wird für die Eltern vorhersehbarer und verlässlicher“, argumentiert Spaenle. Wer die erforderlichen Notendurchschnitte für die Realschule oder das Gymnasium nicht schafft, kann künftig auch einen Probeunterricht an den weiterführenden Schulen absolvieren. Anders als bisher sollen Eltern dann selbst über die weitere Schullaufbahn entscheiden können, wenn ihr Kind in Deutsch und Mathematik mindestens eine Vier schafft.

Georg Eisenreich, bildungspolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, geht davon aus, dass die Gelenkklassen zu einer „geringeren Belastung“ der Schüler führen werden. Der stellvertretende Vorsitzende des Bildungs-

ausschusses sagt: „Wir wollen den Zeit- und Leistungsdruck in der vierten Klasse reduzieren, die kindgerechte Förderung intensivieren, die Transparenz erhöhen und den Elternwillen stärken.“ So könne für jeden Schüler „die optimale Schullaufbahn“ gefunden werden.

### FDP: Mehr Flexibilität

Beim Koalitionspartner der Christsozialen sieht man die Reform vor allem als Erfolg der eigenen Arbeit. „Bereits vier Monate nach dem Regierungsantritt von CSU und FDP ist ein großer Schritt hin zu mehr Flexibilität, mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Elternbeteiligung gemacht worden“, sagt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Renate Will, über das neue Übertrittsverfahren. In die bayerische Bildungspolitik sei „endlich Bewegung gekommen“. Bayerns Schulen würden so „endlich durchlässiger – und zwar nach oben“. Besonders wichtig sei den Liberalen bei der Neuregelung gewesen, „dass der Zeitdruck, der auf Schülern, Eltern und Lehrern lastet, heruntergefahren wird, und dass wir endlich die individuelle Förderung der Kinder in den Mittelpunkt stellen“, so Will.

### SPD: Übertrittsdruck bleibt erhalten

Die Opposition übt derweil scharfe Kritik. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses im Landtag, Hans-Ulrich Pfaffmann, hält die Reform

des Übertrittsverfahrens für misslungen. „Jetzt ist es amtlich, die Staatsregierung reformiert das Übertrittsverfahren wie bereits angekündigt. Und: Die schlimmsten Befürchtungen werden wahr“, sagt der Bildungsexperte der SPD-Landtagsfraktion. Er forderte Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) auf, die neuen Übertrittsregelungen zu stoppen. „Der bessere Weg, den Übertrittsdruck zu mildern, wären eine längere gemeinsame Schulzeit und eine verbesserte individuelle Förderung“, ist der Bildungspolitiker überzeugt. Die Koalition schade den Schulkindern in Bayern, und sie schade auch den Schulen, Lehrern und Eltern, so Pfaffmann. Der Übertrittsdruck bleibe erhalten. Der SPD-Mann kritisiert auch, dass die fünfte Klasse zur Gelenkklasse wird, eine Änderung der Lehrpläne jedoch ausbleibe.

### FW fordern mehr Beratungslehrer

Eva Gottstein, Bildungspolitikerin der FW-Landtagsfraktion, moniert, dass das Konzept der Gelenkklassen „noch nicht fertig entworfen ist“. Sie fordert von Kultusminister Spaenle klare Aussagen zur Reduzierung der Klassenstärken und zur Aufstockung der Zahl der qualifizierten Beratungslehrer und Schulpsychologen. „Die geplanten Änderungen beim Übertrittsverfahren nach der Grundschule lassen die Begrenzung der Schülerzahl in den fünften Klassen zur Gretchenfrage werden“,

erklärt Gottstein. „Mit mehr als 25 Schülern in einer Klasse kann die angestrebte Verbesserung der Förderung nicht greifen.“ Auf Zustimmung der Freien Wähler stößt die Absicht der Staatsregierung, zukünftig allen Schülern ein Übertrittszeugnis auszustellen.

### Grüne: Gelenkklassen hat Arthrose

Auch die Grünen im Landtag kritisieren das neue Übertrittsverfahren. „Mit den Gelenkklassen wird weder die Durchlässigkeit noch die Bildungsgerechtigkeit erhöht – der Arthroseverdacht hat sich bestätigt“, erklärt der schulpolitische Sprecher Thomas Gehring. Es gebe de facto keine zusätzliche Förderung in der fünften Klasse: Bereits bestehende Förderstunden an Hauptschulen und Intensivierungsstunden an Gymnasien würden zu „Gelenkstunden“ missbraucht. Auch die Finanzierung der neuen Lehrerstellen an den Realschulen, die für die Förderstunden geschaffen werden müssten, sei fraglich. „Im Doppelhaushalt 2009/2010 tauchen dafür auf jeden Fall keine Gelder auf“, attackiert der Grüne und ergänzt, Kultusminister Spaenle habe zudem die Lehrpläne der einzelnen weiterführenden Schularten nicht angeglichen. Gehring sieht keine tatsächliche Stärkung des Elternwillens: „Mit dem neuen Konzept entsteht keine echte Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Lehrern.“ /Tobias Lill

# Noten für das Bildungswesen

## Kultusminister berichtet im Ausschuss über Ergebnisse der Schulleistungstudien



Spaenle nannte Chancengerechtigkeit als eines der Hauptziele der Bildungspolitik.

Bilderbox

*PISA, IGLU und TIMSS, die drei großen Bildungsstudien, haben den Politikern wieder eine Menge „Hausaufgaben“ aufgegeben. Kultusminister Ludwig Spaenle zeigte sich bei der Vorstellung der Ergebnisse im Bildungsausschuss selbstkritisch. Trotz der vielen guten Noten für den Freistaat zeige das „Zwischenzeugnis“, dass es Verbesserungsbedarf gebe. Als zentrale Herausforderung sieht Spaenle die Förderung von Migrantenkindern.*

Als „nachhaltig verbesserungswürdig“ bezeichnete Spaenle die Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen seines Berichts über die aktuellen Ergebnisse der Schulleistungstudien kündigte er einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur sozialen und schulischen Integration an. Als kritischen Befund aus der PISA-E-Studie hatte der Minister in seinem Bericht den Rückstand von ausländischen Jugendlichen aufgeführt. So würden nur zehn Prozent all dieser Jugendlichen einen anderen Schulabschluss als den der Hauptschule erreichen. Bei den Jugendlichen der „Mehrheitsgesellschaft“ seien es indes 70 Prozent. Als positiv verbuchte Spaenle demgegenüber Fortschritte beim Thema Durchlässigkeit. Insgesamt hat der Freistaat bei PISA-E in allen Testbereichen im nationalen Vergleich einen zweiten Platz – hinter Sachsen – erreicht.

Auch im Bereich IGLU nimmt der Freistaat im nationalen Vergleich einen zweiten Platz – hier hinter Thüringen – ein. Dies sei, so Spaenle, seit dem Zeitpunkt der ersten Erhebung in 2001 eine deutliche Verbesserung und ein Indikator für die erfolgreiche Weiterentwicklung schulorganisatorischer Maßnahmen.

### PISA, IGLU, TIMSS – Standards als Kompass

PISA (Programme for International Student Assessment) ist eine von der OECD durchgeführte internationale Vergleichsstudie für Schulleistungen von 15-Jährigen. Mit der dritten Erhebungsrunde 2006 wurde der erste PISA-Zyklus abgeschlossen. Getestet wurden die drei Kompetenzbereiche Leseverständnis, Mathematik und Naturwissenschaften, wobei jeweils ein Bereich den Testschwerpunkt bildete. 2000 war es die Lesekompetenz, 2003 die Mathematik und 2006 die Naturwissenschaften. [MEHR](#)

IGLU (= Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung), eine internationale Schulleistungstudie, untersucht das Leseverständnis von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe. [MEHR](#)

TIMSS steht für „Third International Mathematics and Science Study“. Die internationale Schulleistungstudie TIMSS 2007 untersuchte mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern der Grundschule. [MEHR](#)



## Bericht im Ausschuss

Als kritisch sah er auch bei IGLU die großen Leistungsunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Spaenle kündigte einen Dialog zum Thema Bildung und schulische Integration an.

Die Opposition zeigte sich überrascht über die offenen Worte des Kultusministers. In den letzten Jahren sei man an die Aussage gewöhnt gewesen, dass es in der bayerischen Bildungspolitik keine Probleme und mithin keinen Handlungsbedarf gebe, da Bayern am besten aufgestellt sei, konstatierte Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD). Er dankte dafür, dass der Minister nun Defizite zugegeben habe. Jetzt gelte es, gemeinsam Wege zu finden, um die Ergebnisse zu verbessern.

Thomas Gehring (Grüne) stellte fest, das Gute am PISA-Schock sei gewesen, dass er der deutschen Bildungspolitik den Spiegel vorgehalten und die Selbstgewissheit, die bis dahin vorherrschte, infrage gestellt habe. Eva Gottstein (FW) wies darauf hin, dass die Politik einen Fehler mache, wenn sie unterstelle, dass im Bereich Bildung das Gymnasium die optimale Lösung sei. Renate Will (FDP) regte an, für schlecht erreichbare Gymnasien Züge im Ganztagsangebot zu installieren. Dadurch könnten Realschulen und Gymnasien der nächsten Kreisstadt besucht werden. /me

## Debatte der Fraktionen über die Bildungspolitik im Plenum

Regierung und Opposition haben sich Ende März im Landtag einen Schlagabtausch über die richtigen Zukunftskonzepte für die bayerischen Schulen geliefert.

In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag hat Kultusminister [Ludwig Spaenle](#) Qualität und Gerechtigkeit zu den Leitzielen der künftigen bayerischen Bildungspolitik erhoben: „Wir wollen jedem jungen Menschen in unserem Land alle Chancen auf eine qualitativ anspruchsvolle Bildung eröffnen – unabhängig von seiner kulturellen und sozialen Herkunft“, erklärte Spaenle.

Ein wichtiges Instrument für eine intensivere individuelle Förderung und mehr Chancengerechtigkeit stellt für den Minister neben der Ausweitung der Schulsozialarbeit vor allem der Ausbau der Ganztagschulen dar. Auch inhaltlich will der Minister die Schularten weiterentwickeln, um sie für die Anforderungen der Zukunft zu rüsten: „Ich will die Qualitätsentwicklung in allen Schulen in Bayern voranbringen“, betonte Spaenle und kündigte Qualitätsoffensiven für die Hauptschule und das Gymnasium an.

### Ab Ostern: regionale Dialogforen

Bei der Schulentwicklung setzt der Minister auf die Mitwirkung der gesamten Schulfamilie: „Ich spüre aus der Mitte die wachsende

Bereitschaft zu aktiver Mitwirkung an den Fragen von Bildung und Erziehung“, sagte Spaenle und schlug eine neue Politik des Dialogs vor. Ab Ostern sollen bayernweit regionale Dialogforen bzw. „runde Tische“ die Arbeit aufnehmen. Ein erster Schwerpunkt werde die Weiterentwicklung der Hauptschule sein, etwa in neuen Kooperationsformen mit der Realschule. Spaenle kündigte außerdem an, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien deutlich zu verbessern.

Der SPD-Bildungsexperte [Hans-Ulrich Pfaffmann](#) warf Spaenle die „Fortsetzung der Schönrederei ohne jegliche Substanz“ vor. Pfaffmann kritisierte, es bleibe bei der zu frühen Selektion von Kindern, bei übervollen Klassen und einer „gravierenden Bildungsungerechtigkeit“. Eine individuelle Förderung finde mangels einer ausreichenden Zahl von Lehrkräften nicht statt. Das Versprechen des Ministers, im kommenden Jahr zusätzlich mehr als 2700 Lehrerstellen zu schaffen, bezeichnete er als aberwitzig und als Heuchelei, da noch in den vergangenen Jahren Stellen gestrichen worden seien.

Als „Armutzeugnis“ bezeichnete es [Eva Gottstein](#) (Freie Wähler), dass Bildungsgerechtigkeit in Bayern überhaupt noch ein Thema sei. Dies belege die Versäumnisse der vergangenen

Jahrzehnte. [Thomas Gehring](#) (Grüne) warf Minister Spaenle und der Koalition vor, mit neuen Worten den alten Mangel kaschieren zu wollen: „Wir brauchen eine neue Bildungspolitik und keine neue Rhetorik“. Die FDP-Bildungsexpertin [Renate Will](#) hob den aus ihrer Sicht großen Einfluss der Liberalen auf die Neuerungen in der bayerischen Schulpolitik hervor. Es seien Verkrustungen aufgebrochen und neue Ideen verwirklicht worden. Das neue Übertrittsverfahren bezeichnete Will als „guten Kompromiss“.



Ludwig Spaenle

Foto: Poss

## Debatte um sechsjährige Grundschulzeit

*Ob Bayern eine sechsjährige Grundschulzeit einführen sollte, darüber gehen die Ansichten der Parteien weit auseinander: SPD und Grüne sind dafür, CSU und Freie Wähler dagegen. Die Liberalen befürworten eine längere gemeinsame Grundschulzeit, beugen sich jedoch dem Koalitionsvertrag.*

Gesucht: Rezepte gegen Übertrittsdruck



*Ob eine längere Schulzeit zu besseren Leistungen und weniger Druck führt, ist umstritten.*  
Foto: Bilderbox

### Eduard Nöth, MdL (CSU)

Zahlreichen Studien zufolge erzielen die Absolventen deutscher Gesamtschulen keine dem gegliederten Schulsystem ebenbürtigen Leistungen. Bayerische Schüler haben mehr Erfolg in der Schule als Gesamtschüler anderer Länder. Namhafte Wissenschaftler sprechen sich gegen eine Verlängerung einer gemeinsamen Grundschulzeit aus. Untersuchungen belegen eindeutig, dass die sechsjährige Grundschule oder integrative Orientierungsstufen weder kognitiv noch sozial etwas bringen. Die Leistungen der Schüler liegen nach der sechsjährigen Grundschule erheblich unter denen von Schülern, die bereits nach der vierten Grundschulklasse auf das Gymnasium wechseln.

Ein Blick auf die sechsjährige Grundschule in Berlin und Brandenburg zeigt, dass deren Ergebnisse bei den bisherigen IGLU-Studien auf jeden Fall deutlich unter den bayerischen Ergebnissen liegen. Eine längere Grundschulzeit beziehungsweise Orientierungsstufen sind absolut kontraproduktiv für die Förderung von unterschiedlichen Begabungen.

Wir benötigen daher keine neue Schulstrukturdebatte, sondern sinnvolle Verbesserungen im bestehenden System. Unser Augenmerk richten wir deshalb auf die Beseitigung des Lehrermangels, die Verbesserung der Unterrichtsqualität, die kind- und begabungsgerechte Weiterentwicklung des Übertrittsverfahrens und die Verkleinerung der Klassenstärken.



### Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL (SPD)

Die Grundschulzeit sollte so bald wie möglich auf sechs Jahre verlängert werden. Nur in den allerwenigsten Ländern werden die Kinder bereits im Alter von neun oder zehn Jahren auf verschiedene Schularten verteilt. Dabei es ist nicht einmal umstritten, dass die Empfehlungen zum Übertritt zu diesem frühen Zeitpunkt sehr fehleranfällig sind. Fast die Hälfte der Schulempfehlungen stellen sich später als falsch heraus – und zwar in beiden Richtungen.

Die Leidtragenden sind die Kinder, die in den für sie ungeeigneten Schularten demotivierende Erfahrungen machen, weil sie entweder unter- oder überfordert sind. Besonders nachteilig wirkt sich dies natürlich auf Kinder aus sozial schwachen Familien aus, deren Zukunftschancen trotz intellektueller Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft verbaut werden, weil sie familiär bedingte Defizite (zum Beispiel die Sprache) nicht schnell genug ausgleichen können.

Selbstverständlich profitieren auch leistungsstarke Schüler und Schülerinnen von der individuellen Förderung in kleinen Klassen und Lerngruppen, so wie wir sie für alle Kinder fordern. Und von einer Schule, in der Pädagogik vor Pauken und Freude am Lernen vor Leistungsdruck geht. Wer Kinder entlasten und mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen will, muss die Grundschule zu einer Primarschule mit sechsjähriger gemeinsamer Schulzeit ausbauen und die bisherigen Zeugnisse durch Leistungsportfolios ersetzen.



## Soll die Grundschulzeit auf sechs Jahre verlängert werden?

### Eva Gottstein, MdL (Freie Wähler)

Die Freien Wähler lehnen die Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit ab. Zum einen ist die Frage nach Sinn oder Unsinn der frühen Trennung nach der vierten Klasse in der Wissenschaft höchst umstritten. Zum anderen würde eine neuerliche Systemveränderung die infolge übers Knie gebrochener Reformen – wie bei der Umstellung der Schuljahre am Gymnasium von neun auf acht – arg gebeutelte Schullandschaft nur noch weiter verunsichern.

Das Hauptaugenmerk muss jetzt auf einer deutlichen Verbesserung des Übertrittsverfahrens liegen. Dabei geht es nicht um Formalien, sondern um die Rahmenbedingungen selbst: keine fünfte Klasse über 25 Schüler, mehr Lehrer für Unterricht und Beratung!

Allerdings ist es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, die zu tiefgreifenden Veränderungen insbesondere des ländlichen Raumes führen wird, durchaus sinnvoll, Alternativen zur derzeitigen Situation zu entwickeln. Welche Folgen hätte eine sechsjährige Grundschulzeit mit einem G 6 und einer alten R 4? Wie geht es dann mit dem M-Zug weiter? Es gilt wissenschaftlich wasserfeste Untersuchungen abzuwarten und auf deren Grundlage praxistaugliche Konzepte zu entwickeln. Schlimm wäre es, wenn die Politik erneut mit der heißen Nadel stricken würde und so bei Kindern, Eltern und Lehrern nur noch für eine weitere Verunsicherung sorgen würde.



### Thomas Gehring, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

Die frühe Trennung und Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse Grundschule auf die weiterführenden Schulen führt zu großem Druck auf die Kinder in der Grundschule. Sie fördert das tatsächliche individuelle Potenzial der Kinder nur ungenügend und wird entscheidend vom sozialen Hintergrund der Schüler und Schülerinnen bestimmt. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien und mit Migrationshintergrund brauchen mehr Zeit. Prognosen über das weitere schulische Lernen von Neun- bis Elfjährigen werden den Kindern nicht gerecht.

Es gibt zahlreiche internationale Beispiele für den Erfolg einer längeren Zeit des gemeinsamen Lernens – ob sechs Jahre oder, wie in vielen vergleichbaren Ländern, acht oder neun Jahre. Auch in Bayern brauchen wir ein längeres gemeinsames Lernen.

Wir Grünen sprechen uns für eine Schule des neunjährigen gemeinsamen Lernens aus. In Verbindung mit dem pädagogischen Konzept einer echten Ganztagschule bietet sie optimale Voraussetzungen für individualisierte Förderung und gerechte Chancen für jeden Einzelnen.

Sicher sind ausgehend von der derzeitigen bayerischen Voraussetzung flexible Lösungen und Übergänge nötig. Die sechsjährige Grundschule ist als Übergangslösung oder als politischer Kompromiss ein denkbarer Zwischenschritt.



### Renate Will, MdL (FDP)

Das oberste Ziel der FDP ist ein gerechteres Bildungssystem, das jedem Einzelnen den bestmöglichen Schulabschluss ermöglicht. Beschlusslage der Liberalen ist es, eine sechsjährige Primarschule zu schaffen, die es besonders begabten Schülerinnen und Schülern weiterhin erlaubt, bereits nach der vierten Jahrgangsstufe an ein Gymnasium überzutreten. Eine längere gemeinsame Grundschulzeit birgt für viele Kinder größere Chancen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Entwicklung.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns darauf geeinigt, es vorerst beim Übertritt an die Haupt- und Realschule sowie an das Gymnasium nach der vierten Klasse zu belassen. Allerdings haben wir durch die Etablierung der fünften Jahrgangsstufe als Gelenkklassen den Weg geebnet, durch intensivere Beratung als bisher den individuell idealen Bildungszweig herauszufinden. Dadurch, dass nun der immense Leistungsdruck wegfällt, wird die Möglichkeit geschaffen, wichtige Basis- und Sozialkompetenzen zu vermitteln.

Der Staatsminister hat dieser Tage zugesagt, über ein erweitertes Modell zu diskutieren, und an einer Schule wird das fünfjährige Grundschulmodell bereits erprobt. Auf alle Fälle muss dieses Thema fraktionsübergreifend behandelt werden.





# Bereit für die Sicherheit

## Innenausschuss informierte sich vor Ort bei der Nürnberger Bereitschaftspolizei

*Bei einer externen Sitzung auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei hörten die Ausschussmitglieder einen Bericht des Landespolizeipräsidenten Waldemar Kindler und diskutierten mit ihm über die Personal- und Sachausstattung der Polizei.*

Den Auftakt des Informationsbesuches unter der Leitung der Ausschussvorsitzenden Gabriele Pauli (FW) bildete eine Besichtigung des 1967 erbauten, stark sanierungsbedürftigen Kasernengeländes in der Kornburger Straße. Pläne des Innenministeriums sehen vor, dass dieses ab Ende 2010 mit einem Volumen von jährlich acht bis zehn Millionen Euro sukzessive über einen Zeitraum von zehn Jahren erneuert werden soll, nachdem größere Investitionen in die Bausubstanz in der Vergangenheit wegen Einsparungen unterblieben waren.

Landespolizeipräsident Waldemar Kindler listete in seinem Bericht weitere größere Sanierungs- bzw. Neubauvorhaben der Polizei im Freistaat auf und sagte zu, dem Innenausschuss nachträglich eine Übersichtsliste mit den Bedarfsmeldungen der Polizeipräsidien zu übermitteln. Die Ausschussmitglieder begrüßten dies im Hinblick auf Transparenz und die Möglichkeit, im Staatshaushalt Prioritäten bei Baumaßnahmen zu setzen.

Der Landespolizeipräsident führte weiter aus, dass der Freistaat seit einigen Jahren in der Aufklärungsquote an der Spitze steht: „Unser oberstes Ziel ist es, dass Bayern das sicherste Bundesland bleibt“, sagte Kindler. Zwei Drittel aller Straftaten in Bayern würden aufgeklärt, während es im Bund im Durchschnitt nur die Hälfte sei.

**Personeller Engpass befürchtet**  
Personell steuert die Bayerische Polizei laut Kindler in den nächsten Jahren allerdings auf einen Engpass zu: 2009 und 2010 gingen bayernweit 1260 Polizisten in den Ruhestand, aber nur rund 800 frisch ausgebildete Beamte rückten nach. Für die Jahre 2011/2012 erwartet der Landespolizeipräsident mehr Nachwuchs als Pensionsabgänge, doch ab 2013 würde die Situation bereits wieder kippen. Er appellierte an die Abgeordneten, in den beiden nächsten Doppelhaushalten Mittel für jeweils 1000 zusätzliche Ausbildungsstellen zu bewilligen.



*Unter der Leitung von Gabriele Pauli (rechts) hörte der Ausschuss bei der Bereitschaftspolizei in Nürnberg einen Bericht von Landespolizeipräsident Waldemar Kindler (3. v. r.).*

Foto: LTA

Auch die stark gestiegene Belastung der Einsatzkräfte gelte es dabei zu berücksichtigen: So sei die Bevölkerungszahl Bayerns in den letzten zehn Jahren um 400 000 angewachsen.

### Längere Arbeitszeiten

Durch gewaltbereite Fußballfans sowie die Verkürzung der Sperrzeiten wären weitere Belastungsfaktoren hinzugekommen. Früher, so Kindler, sei es nachts im ländlichen Raum zwischen 1 und 5 Uhr ruhiger gewesen. „Diese Erholungsphasen sind weggefallen, weil das Freizeitverhalten der Bevölkerung anders geworden ist.“

Auch die Verlängerung der Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden habe die Regenerationszeiten der Polizistinnen und Polizisten spürbar reduziert: So konnten Schichtdienstler früher Freischichten von bis zu elf Arbeitstagen ansammeln und abfeiern, was nun nicht mehr möglich ist.

Auch hier appellierte der Landespolizeipräsident an die Ausschussmitglieder, durch die Möglichkeit von Stellenhebungen sowie durch höhere Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten die Motivation der bayerischen Einsatzkräfte weiterhin hochzuhalten. /kh

Serie – Teil 2: Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

## Der juristische „TÜV“ im Landtag

*Sie sind die „Werkstätten“ des Parlamentsbetriebs: die Ausschüsse. Jeder der zwölf ständigen Ausschüsse des Landtags ist für ein bestimmtes Politikfeld zuständig. Hier beraten die Experten der Fraktionen Gesetzentwürfe und Anträge, zu denen sie Beschlussempfehlungen abgeben. Dadurch werden die Sitzungen und Entscheidungen der Vollversammlung inhaltlich vorbereitet. In einer Serie stellt „Maximilianeum“ die Ausschüsse des Landtags vor – in dieser Ausgabe den Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz.*

Es hat nicht viel gefehlt, und die Landtagswahl im oberfränkischen Münchberg hätte wiederholt werden müssen. Ein Wahlhelfer hatte sich beschwert, weil im Stimmlokal, der örtlichen Sparkassenfiliale, auch während der Stimmabgabe die Überwachungskameras eingeschaltet waren. Die 16 Abgeordneten des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz – acht von der CSU, drei von SPD, je zwei von Freien Wählern und Grünen sowie einer von der FDP – begutachteten den Fall und kamen zu dem Ergebnis, dass sich die Kommune nun nach einem anderen Wahllokal umschauen muss. Von einer Wahlwiederholung sah man ab, weil auch jeder andere denkbare Ausgang

der dortigen Wahl keinen Einfluss auf die Zusammensetzung des Landtags gehabt hätte.

### Aufhebung der Immunität von Abgeordneten

Die Überprüfung aller den Landtag betreffenden oder von ihm durchgeführten Wahlen, wie die von Verfassungsrichtern oder des Datenschutzbeauftragten, gehört zu den Kernaufgaben des Ausschusses. Zudem laufen alle Gesetzentwürfe und Staatsverträge über die Schreibtische der Abgeordneten, die sie auf ihre Recht- und Verfassungsmäßigkeit abklopfen müssen – eine Art „juristischer TÜV“ im Landtag. Mehrere Hundert sind das in jeder Legislaturperiode. In einzelnen Fällen müssen Mitglieder des Ausschusses auch prüfen, ob



Wichtige Aufgabe: Der Verfassungsausschuss überprüft auch die Landtagswahlen.

Foto: Poss

die in anderen Landtagsgremien behandelten Eingaben, die zu Gunsten der Bürger entschieden wurden, nach Recht und Gesetz verabschiedet worden sind.

Auch alle Bayern betreffenden Verfassungsstreitigkeiten landen im Ausschuss. Die Abgeordneten entscheiden dann darüber, ob sich

der Landtag durch einen Vertreter an den Verfassungen vor den Verfassungsgerichten des Bundes und des Landes beteiligt. Befassen müssen sich die Abgeordneten des Rechtsausschusses zudem mit Fragen des Abgeordnetenrechts und der Immunität von Parlamentariern in Strafverfahren. In Ausübung ihres Mandats genießen Abgeordnete nämlich Schutzrechte,

## Verfassungsausschuss



Der Rechtsausschuss befasst sich auch mit den Änderungen der Geschäftsordnung.

Foto: ddp

die in bestimmten Fällen eine Anklage vor Gericht verhindern. Auch Änderungen an der Geschäftsordnung des Landtags – sie ist das „Drehbuch“ für den Parlamentsbetrieb – fallen in die Zuständigkeit des Ausschusses. Aktuell zum Beispiel wird über einen Vorschlag der Fraktionen von SPD und Grünen beraten, die Arbeitsregeln des Landtags „geschlechtersensibel“ zu formulieren.

Bislang kennt die Geschäftsordnung nämlich nur Präsidenten oder Schriftführer, nicht aber Präsidentinnen und Schriftführerinnen. Zu den Fachkompetenzen des Ausschusses zählt auch die Befassung mit Fragen des Datenschut-

zes, des Strafvollzugs sowie des Asyl- und Ausländerrechts. Entsprechende Anträge der Fraktionen werden in dem Gremium federführend behandelt. Nach der Landtagswahl neu dazugekommen sind die Rechtsfragen des Verbraucherschutzes, nachdem diese von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) dem Justizministerium zugeordnet worden waren.

Um Mitglied im Ausschuss zu sein, muss man trotz der Rechtsbezogenheit der Fragestellungen nicht Jurist sein. Aktuell befruchten zwei Abgeordnete ohne Jura-Studium die Debatten mit externem Sachwissen. /Jürgen Umlauf

## Verfassungsklage gegen Besetzung der Ausschüsse

Die Opposition hat beim Verfassungsgerichtshof in München Klage gegen die Blockademehrheit der CSU in den Landtagsausschüssen eingereicht. Vertreter von SPD, Freien Wählern und Grünen werfen CSU und FDP „Missachtung des Wählerwillens“ vor. Die Klage richtet sich gegen den neuen Größenzuschnitt der Ausschüsse, den die beiden Koalitionsfraktionen nach der Landtagswahl durchgesetzt hatten. Folge ist, dass die CSU in sämtlichen Ausschüssen die Hälfte der Mitglieder stellt, obwohl sie bei der Wahl ihre absolute Mehrheit eingebüßt hatte. Damit kann sie Entscheidungen jederzeit blockieren.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Harald Güller, kritisierte, die CSU sei nach der Wahl nach dem Motto verfahren: „Wir rechnen so lange, bis es passt“. So habe sich die CSU eine Blockademehrheit in den Ausschüssen gesichert, die ihr nicht zustehe. Und der Vize-Fraktionschef der Freien Wähler, Michael Piazzolo, monierte, die CSU habe sich „ein Ergebnis zusammengeschustert, das die Wahl nicht ergeben hat“.

Die Christsozialen argumentieren dagegen, die Sitzverteilung in den Gremien nähere sich der tatsächlichen Verteilung der Parlamentssitze am weitesten an. Die CSU-Rechtspolitikerin Petra Guttenberger sagte:

„Bei den Ausschüssen, die deutlich kleiner sind als das Landtagsplenum, kann die Verteilung nicht exakt den 49,2 Prozent entsprechen.“ Das jetzige Modell gebe aber die Größenverhältnisse des Plenums deutlich besser wieder als das von der Opposition geforderte.

Nach Ansicht der drei Klägerparteien stehen der CSU dagegen nur 47 Prozent der Sitze in den Ausschüssen zu.

 /bia, dpa



Sitzungssaal im Verfassungsgericht.

Foto: LTA



## Porträts der Vorsitzenden

### Franz Schindler (SPD) – „aufrechter Kämpfer für die Sache“

Er gilt als „aufrechter Kämpfer für die Sache“ und als verbindlicher Kollege – auch über Parteigrenzen hinweg: Franz Schindler, SPD-Abgeordneter aus Schwandorf und von Beruf Rechtsanwalt, leitet bereits in der zweiten Legislaturperiode den Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen, dessen Zuständigkeit sich – analog zum Bereich des Justizministeriums – um den wirtschaftlichen Verbraucherschutz erweitert hat.

Der heute 53-jährige Jurist mit Magister in Politikwissenschaften war schon früh politisch engagiert: Als Schülerzeitungsredakteur und Schulsprecher setzte sich Schindler für die Interessen seiner Schulkollegen ein. Nach seinem Eintritt in die SPD fungierte er mehrere Jahre lang als Vorsitzender der Jungsozialisten im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz. 1990 wurde er in den Schwandorfer Stadtrat gewählt, im selben Jahr zog er in den Landtag ein. Im Herbst 2000 wurde er Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Oberpfalz.

Juristische Fragen, Umwelt- und Bürgerrechte bildeten von Beginn an den Schwerpunkt seiner Arbeit im Maximilianeum. Schindler, der dem linken Flügel seiner Fraktion zugerechnet wird, wurde 1998 Vorsitzender des Petitions-

ausschusses, seit 2003 leitet er den Rechts- und Verfassungsausschuss. Hier kommen sämtliche Gesetzentwürfe und Staatsverträge auf den Tisch, aber auch die Petitionsentscheidungen anderer Ausschüsse.

Themenbedingt geht es im Rechtsausschuss meist ein wenig nüchterner zu als in anderen Ausschüssen. Und auch der Vorsitzende agiert sachlich und korrekt, wie Konrad Kobler, CSU-Kollege aus dem Ausschuss, bestätigt: „Auf ihn ist Verlass, er spielt nicht mit gezinkten Karten.“



Foto: Poss

Was nicht heißt, dass er kein Freund deutlicher Worte ist – zuletzt etwa bei der Debatte um das neue bayerische Versammlungsgesetz. Das Urteil des Verfassungsgerichts bezeichnete der SPD-Abgeordnete Schindler als „kräftige Watschn“ für die Christsozialen und die Staatsregierung.

/ Anke Sauter

### Petra Guttenberger (CSU) – „für eine bürgerfreundliche Verwaltung“

Die 47-jährige Abgeordnete Petra Guttenberger setzt sich seit langem für eine bürgerfreundliche Verwaltung und eine leistungsstarke Justiz ein. Diese wichtigen Themen sowie der rechtliche und wirtschaftliche Verbraucherschutz sind auch Schwerpunkte ihrer Arbeit als Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz. „Die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, ohne sie zu bevormunden“, lautet dabei ihr Leitmotiv. Die Mitarbeit im Ausschuss ist deshalb für sie auch eine Herzensangelegenheit, der sie sich mit großem Engagement widmet. Als Verbraucherschutzpolitikerin setzt sie sich dabei besonders für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Internet ein. Bis zur Wahl in den Landtag war die Juristin als Oberregierungsrätin beim Freistaat Bayern tätig. Seit 1998 vertritt sie im Maximilianeum den Stimmkreis Fürth-Stadt und seit 2008 auch Oberasbach, Stein und Zirndorf. Sie arbeitete bis 2003 im Bildungs- und Petitionsausschuss mit und gehörte in der vergangenen Legislaturperiode dem Rechtsausschuss und dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes an.

Eine gute Zukunft der Wissenschaftsstadt Fürth liegt Petra Guttenberger besonders am

Herzen. Deshalb entschied sie sich bereits mit 18 Jahren, in der Jungen Union mitzuarbeiten. Ihre vielfältigen kommunalpolitischen Aktivitäten führten 1995 zu ihrer Wahl in den Stadtrat von Fürth, dem sie seitdem angehört.

Sehr wichtig ist ihr auch, dass sich mehr Frauen politisch engagieren. So setzt sie sich seit 1994 als Stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen-Union dafür ein, dass mehr Frauen die Chance bekommen, die Politik mit zu gestalten und ihre Sichtweise mit einzubringen. In ihrer politischen Arbeit



Foto: Poss

in Fürth unterstützt Petra Guttenberger viele soziale und kulturelle Projekte, Vereine und Verbände. Und als werteorientierter Mensch kümmert sie sich seit langem im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CSU um „die Dinge jenseits von Angebot und Nachfrage“.

/ Martin Hübler

# 760 Milliarden Euro an Hilfspgeldern

Journalist Marc Beise kritisiert beim Akademiegespräch die Politik der Bundesregierung

*Er gilt als Verfechter der reinen Marktlehre: Marc Beise. Im Landtag erläuterte der Leiter des Wirtschaftsressorts der SZ, warum er wenig von staatlichen Konjunkturmaßnahmen hält.*

Im „Akademiegespräch“, einer Veranstaltung der Akademie für politische Bildung Tutzing, referierte Marc Beise, Wirtschaftsjournalist der Süddeutschen Zeitung, im Maximilianeum über die allgegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise und die sich in dieser Situation aufdrängende Frage „Was darf der Staat?“. Beise fand, der deutsche Staat nehme sich ziemlich viel heraus, so viel, dass die Politiker in ihren funkelnagelneuen Rollen als Heilsbringer und Retter in der Not eigentlich zu beglückwünschen seien. Der Staat, jeder Zuhörer wusste es, spannt Rettungsschirme für Banken auf, führt Konjunkturprogramme

durch und erwägt, bestimmten Firmen unter die Arme zu greifen.

Doch soll er das? Beise quittierte die den Banken erwiesene Barmherzigkeit mit einem eingeschränkten „Ja“. Für den Nutzen von Konjunkturprogrammen hatte er ein skeptisches „Vielleicht“ übrig. Denn immerhin bezifferten sich, alles in allem, die Hilfeleistungen auf 760 Milliarden Euro, möge auch die eine oder andere Bürgschaft dabei sein, die womöglich wie durch ein Wunder tatsächlich nicht in Anspruch genommen werde. Jeden Gedanken an Industriehilfe hingegen bedachte Beise mit einem strikten „Auf keinen Fall“. Rosenthal, Schaeffler, ade, der Markt habe recht, wenn es ihnen schlecht gehe. Und Opel? Der Redner verwies auf die Überproduktion, das weltweite Kennzeichen der Automobilindustrie, und schloss daraus, dass gar nicht alle Firmen überleben dürften, weil dann nur eine die andere in den Ruin treibe. So werde auch die Arbeitslosigkeit, die Lieblingsfeindin fast aller Politiker, durch Stützungsaktionen nicht bekämpft, sondern nur verlagert. In den politischen Reaktionen auf die Krise entdeckte der Redner keine Strategie, kein Konzept, keine Linie. „Ich vermisse den großen Kompass“, sagte er und unterstellte den rettenden Ministern und Bundestagsabge-



*In der Wirtschaft geht es auf und ab. Beise warnt vor staatlichen Konjunkturprogrammen. /Bildbox*

ordneten den Drang zur Selbstbefriedigung. Die Masche sei einfach die, „jedes Problem mit neuen Milliarden zuzudecken“. Während die Schuldenquote steige und steige und das hehre Wort von der Generationengerechtigkeit in Vergessenheit gerate, werde einfach „alles als gottgegeben notwendig angesehen“. In Wahrheit seien die Konjunkturprogramme ein „Sammelsurium von Einzelmaßnahmen“, mit der Abwrackprämie als fragwürdigem Renner. Die Leute freuten sich, doch „Toyota freut sich am meisten“. Subventioniert werde

der Schrott nicht nur einmal, sondern mehrmals, der vielen diesjährigen Wahlen wegen, ungeachtet des Katzenjammers, der 2010 die Autobranche ergreifen könnte. Der Bund treibe eine „Politik des leichten Geldes“, was sich rächen werde. „Milliarden spielen keine Rolle mehr“, sagte der Redner stirnrunzelnd. Sollte dann doch alles gut gehen, wäre die Schuldentilgung ein Programm für Generationen. „Wenn es aber schlecht geht, kriegen wir eine Hyperinflation mit anschließender Währungsreform.“ /Roswin Finkenzeller

## Räume für das Parlament

Alle Fraktionen sehen Handlungsbedarf für die Erweiterung des Parlamentsgebäudes

*Seit der Landtagswahl im Herbst 2008, als mit den Freien Wählern und der FDP zwei weitere Fraktionen in das Maximilianeum einzogen und sieben zusätzliche Abgeordnete aufgrund von Überhang- bzw. Ausgleichsmandaten einen Sitz im Parlament errangen, hat sich die angespannte Raumsituation im Maximilianeum nochmals deutlich verschärft: „Für die auf die Zahl 187 angewachsenen Landtagsabgeordneten, deren Mitarbeiter sowie die Beschäftigten der fünf Fraktionsgeschäftsstellen und des Landtagsamts reicht der Platz im Parlamentsgebäude nicht mehr aus“, berichtet Josef Reimer, Referatsleiter Organisation, Innere Dienste vom Landtagsamt.*

Schon in den zurückliegenden Wahlperioden war die überwiegende Zahl der Volksvertreter räumlich in den näheren Umkreis des Maximilianeums ausgewichen. Der Landtag nutzt hierzu zwei eigene sowie zwei angemietete Häuser in der Ismaninger Straße, in der Max-Planck-Straße sowie in der Inneren Wiener Straße. Nach der Wahl ist nun der Bezug eines weiteren externen Gebäudes notwendig geworden: Dieses Mal mussten Teile der Landtagsverwaltung aus dem Maximilianeum ausziehen, um Platz zu schaffen für die Fraktionen – „eine Zwischenlösung“ allerdings, wie

Landtagspräsidentin Barbara Stamm betont, denn die Auslagerung wichtiger Service-Einheiten wird täglich mit einem erhöhten Arbeitsaufwand kompensiert: Zusätzliche Wegstrecken zwischen dem Stammhaus und der Außenstelle kosten Zeit und erschweren den Parlamentsbetrieb.

**Mindestens 50 zusätzliche Büros und ein großer Sitzungssaal**

Möglichst bald sollen wieder die schnellen Kommunikationswege hergestellt sowie zusätzliche Raumkapazitäten für Abgeordnete



*Denkmalgeschütztes Ensemble: das Maximilianeum, eingegrenzt durch einen Mauerring und inmitten des großzügig angelegten Grüngürtels der Isarauen.*

*Foto: Poss*

und die Verwaltung geschaffen werden. Noch im Spätherbst 2008 wurden deshalb die Planungen für eine Erweiterung der parlamentarischen Gebäudeflächen im Bereich des in den 60er Jahren entstandenen Nordbaus gestartet: Mindestens 50 zusätzliche Büros, ein großer Sitzungssaal, drei Besprechungsräume und

eine EDV-Zentrale sollen dort in 20-monatiger Bauzeit bis Sommer 2011 entstehen.

Das Vorhaben stößt auf breite Zustimmung: Sowohl die Stiftung „Maximilianeum“ als Eigentümerin des Hauses als auch alle Fraktionen und die Landeshauptstadt München



## Räume für das Parlament

unterstützen das Projekt. Da mit einem Erweiterungsbau im Nordhof die nahezu symmetrische Gesamtkonzeption des Maximilianeums unterbrochen wird, kommt dem Neubau eine ganz besondere städtebauliche und architektonische Bedeutung zu.

### Baubeginn des Projekts

#### voraussichtlich noch Ende dieses Jahres

So soll der neue Baukörper etwa keinesfalls von der Maximilianstraße aus sichtbar sein oder die Westfassade überragen. Um hier eine behutsame bauliche Lösung zu finden, die sowohl dem historischen Erscheinungsbild des denkmalgeschützten Ensembles als auch den

städtebaulichen Anforderungen gerecht wird, wurde im Dezember ein Architekten-Wettbewerb ausgelobt. 18 Architekten konnten sich dazu mit ihren Bewerbungen qualifizieren. Am 24. März bewertete das 17-köpfige Preisgericht die eingegangenen Entwürfe (siehe rechts).

Der Baubeginn soll noch gegen Ende dieses Jahres erfolgen. Zuvor müssen aber natürlich alle Detailplanungen und die Finanzierung stehen: „Wenn alles glatt läuft“, so Reimer, „dann können Anfang Juli die Unterlagen dem Haushaltsausschuss zur Genehmigung vorgelegt werden.“ /kh

## Bauliche Erweiterungen in der Vergangenheit

1959 wurde das Maximilianeum mit Neubauten für den Bayerischen Landtag und die Stiftung erstmals erweitert: Dabei entstand auf der Nordseite ein Bürogebäude für die Abgeordneten und Fraktionen sowie der Saalanbau Nord (1962), auf der Südseite ein Anbau mit Büros und Sitzungsräumen für den Landtag sowie Einrichtungen für die Stiftung (Festsaal, Speiseraum und Appartements).

1994 wurde der Erweiterungsbau mit Nord- und Südflügel fertiggestellt, der mit seiner großflächigen Doppelfassade zur Ostseite des Maximilianeums hin ein zeitgemäßes Gegenstück zur historischen Westfassade darstellt.

2005 wurde der Plenarsaal neu ausgebaut, 2008 der ehemalige Senatssaal in einen multifunktionalen Veranstaltungssaal umgestaltet. /rei

## Architektenwettbewerb: Vorstellung der prämierten Modelle

Entscheidung beim Architektenwettbewerb für den Erweiterungsbau im Nordhof des Maximilianeums: Landtagspräsidentin Barbara Stamm präsentierte am 25. März in einer Pressekonferenz die vier preisgekrönten Entwürfe, die ein Preisgericht am Vortag nach intensiver Diskussion ausgewählt hatte.

Mit dem 1. Preis zeichnete das Preisgericht den Entwurf des Berliner Büros Léon Wohlhage Wernik aus. Weitere Preisträger sind Robert Rechenauer aus München (2. Preis), Hirner + Riehl aus München (3. Preis) sowie Herrmann + Bosch aus Stuttgart (4. Preis).

Volker Staab aus Berlin, der Vorsitzende des Preisgerichts, schilderte in der Pressekonferenz die intensive Diskussion im Gremium und begründete die Entscheidung für die einzelnen Entwürfe. Welcher Vorschlag letzten Endes verwirklicht wird, entscheidet nach Ostern eine Baukommission unter Leitung von Landtagspräsidentin Barbara Stamm. /hw, Fotos: Poss



1 Entwurf des Berliner Büros Léon Wohlhage Wernik.

2 Modell von Robert Rechenauer (München).



3 Entwurf der Münchener Architekten Hirner + Riehl.

4 Modell von Herrmann + Bosch.

## Abschied und Neubeginn

### Wechsel an der Spitze des Landtagsamts: Festakt im Senatssaal

*Fünf Monate nach dem Wechsel an der politischen Spitze des Landtags gab es Ende März auch einen Wechsel an der Spitze der Verwaltung. Im Rahmen eines Festakts verabschiedete der Bayerische Landtag Direktor Peter Maicher in den Ruhestand. Peter Worm wurde als sein Nachfolger in das Amt eingeführt.*

Es war wie ein Blick in ein buntes Kaleidoskop, als der scheidende Landtagsdirektor Peter Maicher Menschen, Begegnungen, Erlebnisse und Anekdoten aus 32 Jahren im Maximilianeum, davon elf Jahre an der Spitze des Landtagsamts, vor dem Publikum im Senatssaal vorüberziehen ließ. „Mit herzlichem Dank und in großer Zufriedenheit nehme ich Abschied von Ihnen“, sagte er. „Servus Landtag, behüt' Euch Gott!“.

Zuvor hatte Landtagspräsidentin Barbara Stamm das Wirken des Spitzenbeamten ge-

würdigt, hinter dem der Mensch nie verloren gegangen ist: „Geräuschlos und effizient, gewissenhaft und bedacht“, beschrieb sie die Arbeitsweise des Direktors, der eigentlich im niederbayerischen Rottal Lehrer hatte werden wollen, sich dann aber entschied, die Pädagogik, das Management und den Journalismus (Maicher versteht darunter die Fähigkeit, schwierige Sachverhalte zu durchdringen und verständlich darzustellen) miteinander zu verbinden. Dass ihm dies überaus erfolgreich gelang, attestierte ihm die Landtagspräsidentin, die Peter Maicher



*Virtuos vorgetragen von Czárdás von Christoph und Magdalena Worm. Fotos: Poss*

seit 1976 kennt. Der scheidende Amtschef habe stets ein sehr hohes Maß an diplomatischem Geschick und Gespür für die Menschen und die anstehenden Aufgaben gezeigt.

Stv. Landtagsdirektor Dr. Berndt Jäger buchstabierte den Namen „MAICHER“ auf seine Weise: Die Buchstaben „ch“ etwa stünden bei Maicher für „christliche Humanität“. „Die Mitarbeiter haben bei Ihnen die Wertschätzung gespürt.“ Dies sei die beste Voraussetzung für Wertschöpfung.

Auch Personalratsvorsitzender Walter Simmet hob hervor: „Es war für Sie immer wichtig zu wissen, wie es dem einzelnen Mitarbeiter geht.“ Er bedankte sich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Stellvertretend für die Direktorinnen und Direktoren der deutschen und österreichischen Landesparlamente sowie



*Der scheidende Amtschef Peter Maicher (l.), Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der neue Landtagsdirektor Peter Worm.*

des Südtiroler Landtags überbrachten Lutz Gieseler, Direktor des Landtags von Sachsen-Anhalt, und Dr. Karl Edtstadler, Direktor des Salzburger Landtags, Grüße und Dank. Peter Maicher habe stets mit dem Florett, nie mit dem Schwert gefochten, sagte Lutz Gieseler.

Der Reigen der vielen herzlichen und persönlich gehaltenen Ansprachen wurde immer wieder unterbrochen durch musikalische Darbietungen – darunter stimmungsvolle Lieder

## Wechsel an der Spitze des Landtagsamts



*Setzt auf Teamarbeit: Peter Worm, der neue Direktor des Bayerischen Landtags.*



*Digitaler Bilderrahmen als Abschiedsgeschenk, überreicht vom stv. Direktor Dr. Berndt Jäger.*

und Hymnen (gesungen vom Landtagschor) sowie Stücke von Antonio Vivaldi und Franz Schubert (Trompete: Josef Reimer; Mandoline: Reinhard Pobel; Klavier: Dr. Berndt Jäger).

### Einstimmiges Votum

Der Abschied war zugleich ein Neubeginn: Das Präsidium hatte in seiner Sitzung Anfang Februar den bisherigen Leiter der Abteilung „Zentrale Dienste“, Peter Worm, mit einstimmigem Votum zum neuen Direktor des Bayerischen Landtags bestimmt. Die Einstimmigkeit bei der Entscheidung zeige, dass Worm „der richtige Mann am richtigen Platz sein wird“, sagte die Landtagspräsidentin. Der 51-jährige Jurist ist seit 1986 im Landtagsamt tätig und seit län-

gerer Zeit mit umfassenden Führungsaufgaben betraut: „Ihr juristischer Sachverstand, Ihre strikte Neutralität in Parlamentsfragen und Ihre immer wieder bewiesene Bereitschaft zur Verständigung mit dem Ziel, unterschiedliche Positionen auf einen sachlich angemessenen Nenner zusammenzuführen, haben Ihnen großes Vertrauen eingebracht“, führte Barbara Stamm aus. Peter Worm stünde jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung – eine Eigenschaft, die gerade in den ersten Wochen und Monaten der neuen Legislaturperiode sehr wichtig und gefragt gewesen sei. Mit einem virtuos vorgetragenen Czárdás für Violine und Klavier gratulierten Christoph und Magdalena Worm, die Kinder des neuen Amts-

chefs, ihrem Vater zur neuen Aufgabe. Der neue Direktor des Bayerischen Landtags, Peter Worm (siehe Porträt auf der nächsten Seite), bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Es sei für ihn eine besondere Ehre und eine große Verpflichtung, in diesem Hohen Haus Dienst zu leisten.

### Das Ansehen des Parlaments stärken

„Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts möchte ich die Arbeit jedes einzelnen Parlamentariers im Rahmen der dem Amt gegebenen Möglichkeiten

unterstützen, die Serviceleistungen für Abgeordnete und Fraktionen weiterentwickeln und die internen Arbeitsabläufe optimieren“, erklärte Worm. Sein oberstes Ziel sei es dabei, das Ansehen des bayerischen Parlaments insgesamt und das seiner Mitglieder weiter zu stärken. Er setzt dabei auf die gemeinsame Anstrengung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit ihm zusammen die Aufgabenstellung des Landtagsamts kompetent und mit Freude zu erfüllen. Denn – so sein Credo – „ohne Teamgeist und gegenseitige Unterstützung sind besondere Leistungen nicht möglich“.

/kh



*Der Landtagschor überzeugt durch stimmungsvolle Lieder und Hymnen.*

/Fotos: Poss



# Neugier auf Neues

## Peter Worm ist seit Anfang April Direktor des Bayerischen Landtags

*Peter Worm heißt der Neue an der Spitze des Landtagsamtes. Der 51-jährige Jurist ist Nachfolger von Ministerialdirektor Peter Maicher, der zum 31. März in den Ruhestand getreten ist.*

Seine ersten Sporen verdiente sich Worm schon während des Referendariats am Landgericht Regensburg als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der dortigen Universität. „Eine Uni mit einem tollen Campus und viel Aufbruchstimmung“, schwärmt Worm noch heute.

1985 begann die steile Beamtenkarriere des Juristen: Nach nur wenigen Monaten im Geschäftsbereich des Innenministeriums wechselte er über die Isar ins Landtagsamt, wo er im Justizariat begann. Eine erste Begegnung mit dem damaligen Präsidenten Heubl brachte ein ernüchterndes Ergebnis: „Viel zu juris-

tisch!“, urteilte der über den ersten Redeentwurf des jungen Mitarbeiters.

Solche unerfreulichen Ereignisse blieben indes selten: 1990 wurde Worm Persönlicher Referent des damaligen Landtagspräsidenten Vorndran. Nach dessen Amtszeit übernahm er 1994, gerade 37 Jahre alt, mit dem Plenarreferat eine Schlüsselfunktion. Zusätzliche „Sonderaufgaben“ für mehrere Vizepräsidenten deuteten schon damals auf Belastbarkeit und Vielseitigkeit hin. Und sie gaben die Richtung auf der Karriereleiter vor: nach oben! 2006 folgte der vorletzte Schritt: Worm wurde Abteilungsleiter und im Folgejahr zum Ministerialdirigenten befördert.

### Früh um fünf Uhr ging's los

Wer ist der Mensch hinter dem Amtschef? Ein Blick in die Biografie hilft weiter: Dass er als einziger Bub mit drei älteren Schwestern aufgewachsen ist, als Kind vertriebener Eltern, die sich im oberfränkischen Fichtelberg eine neue Existenz im Metzgerhandwerk aufbauten, lässt auf Durchsetzungsvermögen und eine Portion Lebenserfahrung schließen. Ein wenig wundert sich Worm noch heute über seinen Werdegang, wenn er erzählt, wie er den Vater



Peter Worm

Foto: Poss

beim Viehkauf begleiten durfte: „Früh um 5 Uhr ging's los. Denn noch vor dem morgendlichen Füttern sollten die Tiere gewogen und der Kauf per Handschlag besiegelt sein.“

„Ich wollte 'was Neues sehen“, begründet Worm seine Entscheidung für die junge Universität Regensburg und einen Abstecher an die Hochschule für Verwaltungswissenschaft-

ten in Speyer. Neugier auf Neues also als Charakterzug? Die Antwort lautet: „Ja, aber“. Denn für Worm sind Sicherheit und Beständigkeit ebenso wichtig: Immerhin wurde er Beamter – obwohl er doch auch ein Angebot aus der Automobilbranche hatte und von einer eigenen Anwaltskanzlei träumte.

### Familie ist Dreh- und Angelpunkt

Weil aber seine Frau eine Stelle am Theresien-Gymnasium in München antrat, entschied er sich für die Innere Verwaltung. „Anwalt kannst du immer noch werden“, habe er gedacht – eine Fehleinschätzung, wie er schmunzelnd zugibt. Überhaupt die Familie – für Worm ist sie bis heute Dreh- und Angelpunkt seines Lebens. Auf die Frage nach seinen Hobbies antwortet er spontan: „Meine beiden Kinder und meine Frau.“ Ein gebürtiger Oberfranke mit sudeten-deutschen Wurzeln, der in der Oberpfalz und der ehemaligen bayerischen Pfalz studiert hat, und seit 17 Jahren im Schwäbischen wohnt, als Amtschef im Münchner Maximilianeum – da ist der Regionalproporz bestens gewahrt. Aber was sagen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt zum neuen Chef? Die Reaktionen sind immer gleich: Freude, Zufriedenheit, Zustimmung. /schmi

# Wenn Lehrer die Schulbank drücken

## Pädagogen nützen Angebot zur politischen Bildung im Maximilianeum

*Nach welchen Kriterien treffen die Koalitionäre CSU und FDP ihre gemeinsamen Entscheidungen? Wie gestaltet die Landtagsopposition ihre Arbeit? Und wie lässt sich ein Besuch von Schülern im Landtag organisieren? Antworten auf Fragen wie diese erhielten 20 Pädagogen aus verschiedenen Schularten Bayerns im Rahmen eines Seminars zur Lehrerfortbildung.*

Das Motto der dreitägigen Veranstaltung, die zum 106. Mal von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in Kooperation mit dem Landtag organisiert wurde, lautete: „Bayern und Europa – Perspektiven vor der Wahl zum Europaparlament“. Den Seminarteilnehmern wurde ein umfassender Einblick in die Arbeit der bayerischen Abgeordneten sowie der Mitarbeiter der Fraktionen und des Landtagsamts gewährt. Außerdem standen neben einer Besichtigung des Maxi-



Landtagspräsidentin Barbara Stamm beispielsweise diskutierte mit den Besuchern über das Thema „Der Bayerische Landtag: Kontinuität und Wandel in der parlamentarischen Arbeit der letzten Jahrzehnte“.

### Unmittelbarer Kontakt zu den Politikern

Von der Begegnung mit Stamm zeigte sich Erwin Scheiner, Studiendirektor am Frobenius-Gymnasium in Hammelburg, beeindruckt. Er war übrigens ein „Wiederholungstäter“ unter den Seminaristen: „Hier kann ich konkrete Informationen für meinen Unterricht mitnehmen“, sagte der Lehrer für Sozialkunde, Deutsch und Geschichte. Scheiner hat früher schon einmal an der Veranstaltung teilgenommen – nun aber zum ersten Mal, seit fünf statt drei Fraktionen im Landtag vertreten sind. Die daraus resultierende Veränderung ist Scheiner nicht entgangen: „Man spürt eine Aufbruchstimmung vor allem bei den Oppositionsparteien“, hat er während der drei

milianeums auch die Begegnung mit hochkarätigen Politikern aller Fraktionen auf dem Programm.

Tage festgestellt. Früher seien diese resigniert gewesen, jetzt seien sie optimistischer. Parteiübergreifend hat er eine Tendenz zur Kompromissfindung verspürt.

Was Scheiner jedoch am meisten an der dreitägigen Fortbildung geschätzt hat, war der unmittelbare Kontakt zu den Politikern: „Man kennt sie ja sonst nur aus den Medien, und hier begegnet man ihnen hautnah“, sagte er. Das sieht Kristina Kalb ähnlich. Die Gymnasiallehrerin für Deutsch, Englisch und Theater arbeitet inzwischen in der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministeriums. „Wir haben gesehen, dass die Parteien durchaus konstruktiv zusammenarbeiten“, sagte sie über ihre Seminar-Erfahrung. Allerdings gebe es auch immer wieder The-

men, bei denen die Meinungen der Politiker auseinander gehen.

Dazu kam es beispielsweise bei dem gemeinsamen Gespräch mit Mitgliedern des Europa-Ausschusses: Die EU-Erweiterung war ein zentrales Thema und in diesem Zusammenhang der Beitritt der Türkei. Während Konrad Kobler (CSU) eine Vollmitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union ablehnt, würde Christine Kamm (Grüne) diese durchaus befürworten. */Alexandra Kournioti*



*Auch für Lehrer interessant: die Arbeit der Ausschüsse.*

*Foto: LTA*

# Zehn offene Ohren für die junge Generation

## „Maximilianeum“ stellt die jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen vor

*Die Sprecher sind sich einig: Ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen muss gestärkt werden. Nur über das Wie diskutieren sie eifrig.*

Unter den jugendpolitischen Sprechern im Landtag ist [Linus Förster](#) so etwas wie der Grandseigneur. Im sechsten Jahr bekleidet der 44-Jährige aus Augsburg das Amt nun schon für die SPD-Fraktion, als Einziger hat er in der vergangenen Wahlperiode die Arbeit der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ von der ersten bis zur letzten Sitzung mitgestaltet. Vor diesem Hintergrund wirkt seine Ankündigung verständlich, die „neuen“ Jugendpolitiker der anderen Fraktionen einarbeiten zu wollen und auszutesten, „welche gemeinsamen Forderungen zum Wohl der jungen Menschen in Bayern erhoben werden können“.

Seine eigenen Vorstellungen hat Förster dazu. Sein Hauptziel ist die Neuauflage des inzwischen elf Jahre alten Jugendprogramms der Staatsregierung und damit verbunden eine Aufstockung der Fördermittel für die Jugendarbeit. Gestärkt werden müsse das haupt- wie das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit, um auch die Jugendlichen erreichen zu können, die einer institutionalisierten Unterstützung bedürften. Als weitere Ziele seiner Arbeit nennt Förster die Absenkung des Wahlalters und – da spricht der Hobby-Rocksänger mit Bühnenerfahrung – die stärkere Berücksichtigung der Pop- und Rockkultur durch die Politik.

### Wurzeln in der Heimat

In Sachen Fortschreibung des Jugendprogramms und bedarfsgerechter Finanzausstattung der Jugendarbeit liegt CSU-Jugendsprecher [Josef Zellmeier](#) (45) mit Förster auf einer Linie. Sein besonderes Interesse gilt der Förderung der bayerischen Dialekte und der dazugehörigen Kultur. Beides sei wichtig für die Verwurzelung der Jugendlichen in ihrer Heimat. Das Ehrenamt in der Jugendarbeit sähe Zellmeier gerne durch eine Anrechnung auf die

Studiengebühren aufgewertet, und trotz des Ausbaus der Ganztageschulen muss aus seiner Sicht noch genügend Freiraum für die Jugendarbeit von Vereinen und Verbänden bleiben.

### „Rettet die Bolzplätze“

[Thorsten Glauber](#) (38) von den Freien Wählern nennt als Vorbild den seit 15 Jahren tagenden, bayernweit dienstältesten Jugendgemeinderat Bayerns in seinem Heimatort Pinzberg in Oberfranken. Ziele einer Politik für Jugendliche müssten Integration, Toleranz und Vielfalt sein. Im Mittelpunkt der Arbeit des Grünen [Ludwig Hartmann](#) (30) steht die Teilhabe aller Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben, eine Stärkung ihrer Eigenverantwortung und die Mitbestimmung in Schule und Politik. Außerdem hat Hartmann noch ein handfestes Anliegen: „Rettet die Bolzplätze!“ Auf mehr Freiheit für die Jugendlichen setzt auch [Julika Sandt](#) (FDP).



Von links: [Ludwig Hartmann](#), [Linus Förster](#), [Julika Sandt](#), [Josef Zellmeier](#) und [Thorsten Glauber](#).

Foto: Poss

Die 37-jährige Münchenerin kritisiert die vielen Bevormundungen, denen sich Jugendliche ausgesetzt sähen. Gegen diese will sie vorgehen und Jugendliche mehr in politische Entscheidungen einbinden.

/Jürgen Umlauf

Weitere Informationen zu den jugendpolitischen Sprechern finden Sie auf den neuen Jugendseiten des Bayerischen Landtags. [MEHR](#)



## Abschied von Gebhard Glück und Alfons Bayerl

Gebhard Glück, der frühere Abgeordnete und Staatsminister a. D., ist Ende März im Alter von 78 Jahren verstorben. Er war von 1970 bis 1998 Mitglied des Landtags und vertrat für die Fraktion der CSU den Stimmkreis Passau-Ost. Glück gehörte zunächst dem Ausschuss für kulturpolitische Fragen an, danach den Ausschüssen für Bundes- und Europaangelegenheiten bzw. für Hochschule, Forschung und Kultur.

Von 1974 bis 1984 war er stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion. Anschließend berief ihn Ministerpräsident Franz Josef Strauß in sein Kabinett – zunächst als Staatssekretär im Ressort für Arbeit und Sozialordnung, danach als Kultusstaatssekretär und schließlich von 1988 bis 1994 als Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Gebhard Glück engagierte sich leidenschaftlich als Anwalt der



*Waren ein gutes Team: Sechs Jahre (1988 bis 1994) begleitete Landtagspräsidentin Barbara Stamm als Sozialstaatssekretärin den damaligen Sozialminister Gebhard Glück.*

*Foto: Robert Geisler, PNP*

Familien, der Kranken und Pflegebedürftigen sowie der alten Menschen, der Vertriebenen und Flüchtlinge. Vorausschauend und beharrlich prägte er nicht nur die bayerische

Sozialpolitik, etwa durch den Ausbau des bayerischen Landeserziehungsgeldes und einer modernen Krankenhausstruktur; auch bundesweit zeigte er neue Wege auf, etwa durch die Absicherung des Pflegefallrisikos.

Ebenfalls Ende März verstarb der ehemalige Abgeordnete Alfons Bayerl im Alter von 85 Jahren. Er gehörte dem Landtag von 1965 bis 1967 an und vertrat den Wahlkreis Oberbayern für die Fraktion der SPD. Bayerl war Landessozialgerichtsrat. Im Landtag engagierte er sich in den Ausschüssen für kulturpolitische Fragen sowie für Fragen des Beamtenrechts und der Besoldung. Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament wurde er Mitglied des Deutschen Bundestages, dem er bis 1980 angehörte. Von 1969 bis 1974 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz.

### Wechsel an der Spitze der Landtagspresse

Uli Bachmeier ist neuer Vorsitzender des Vereins Landtagspresse. Der Korrespondent der Augsburger Allgemeinen wurde bei der Mitgliederversammlung Mitte März in diese Funktion gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Rudi Erhard (Bayerischer Rundfunk) nach 18 Jahren an der Spitze des Vereins nicht mehr kandidiert hatte. Stellvertretende Vorsitzende bleiben Angela Böhm (*Abendzeitung München*) und Jürgen Hofmann (*Sat. 1/N24*).

Neue Schriftführerin ist Katja Auer (*Süddeutsche Zeitung*), als Kassenwart wurde Jürgen Umlauf (Frankenpost, Der neue Tag, Ring Nordbayerischer Tageszeitungen) im Amt bestätigt. Als Kassenprüfer fungieren für die nächsten zwei Jahre Kurt Müller (kpm Redaktionsbüro) und Armin Fritz (*Bayerischer Rundfunk*).



*Wechsel: Bachmeier (l.) kommt, Erhard geht.*  
*Foto: Poss.*

### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München  
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

#### Redaktion:

Katja Helmö (V.i.S.d.P., Landtagsamt)  
Tobias Lill (Bayerische Staatszeitung)

#### Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online  
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München  
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: [maximilianeum-online@bayern.landtag.de](mailto:maximilianeum-online@bayern.landtag.de)

#### Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.